

# Appenzellerland

Nachgefragt

## Einen Zugang zu Bach ermöglichen

Gestern Abend wurden die diesjährigen Appenzeller Bachtage mit der Uraufführung der «Bach-Luther-Kantate» eröffnet. Am Festival, das heuer zum dritten Mal stattfindet, geht es um zuhörendes Erforschen, gemeinsames Erleben und den Austausch – wobei Johann Sebastian Bachs Vokalwerk im Vordergrund steht. Das Hauptthema der diesjährigen Bachtage, die 2014 von der J. S. Bach-Stiftung ins Leben gerufen wurden, ist die Bach'sche Bilderwelt.

Nicht nur exzellente Musiker beteiligen sich am Festival, auch rund 50 Jugendliche des SBW Haus des Lernens gestalten einen Programmpunkt. Das Jugendprojekt wird diesen Samstagmorgen im Teufner Lindensaal präsentiert. Medienverantwortlicher der diesjährigen Bachtage, **Roman Zech**, erzählt, was es mit dem Jugendprojekt auf sich hat, was Sinn und Zweck des Festivals ist und was sein persönliches Highlight ist.

### Roman Zech, um was geht es beim Jugendprojekt der Bachtage?

Das ganze letzte Semester lang haben sich Jugendliche aus fünf verschiedenen Lernhäusern der SBW intensiv mit der Musik von Johann Sebastian Bach auseinandergesetzt. Seine Musik löst indi-



Roman Zech ist Medienverantwortlicher der diesjährigen Appenzeller Bachtage. Bild: PD

viduelle Bilder und Erinnerungen aus. Diese durch Bachs Musik in den Köpfen der Jugendlichen ausgelösten Bilder verwandelten sie in den letzten Monaten zu visuellen Ergebnissen. Die entstandenen Kunstwerke werden am Samstag, um 10 Uhr, im Lindensaal bei einer musikalisch begleiteten Ausstellung präsentiert.

### Die Bachtage finden im Zweijahresturnus bereits zum dritten Mal statt und scheinen auf Anklang zu stossen. Was ist Sinn und Zweck des Festivals?

Die Appenzeller Bachtage sollen den Besuchern und Beteiligten eine Erweiterung zur monatlichen Bachkantate bieten – durch verschiedenste Formen. Bach hat sehr viele Facetten. Diese wollen wir den Besuchenden zeigen.

### Was ist Ihr persönliches Highlight des breitgefächerten Programms der Bachtage?

Heute und morgen Abend wird in der evangelischen Kirche Teufen die Bachkantate BWV 5 aufgeführt. Es sind Melodien, die im Kopf bleiben – auf diese freue ich mich am meisten. (mid)

## SP will Steuersystem anpassen

**Ausserrhoden** Am 23. September wird über die Steuergerechtigkeits-Initiative der SP befunden. Das Steuersystem soll zu Gunsten tieferer Einkommensschichten überarbeitet werden. Profitieren würden nicht nur Familien.

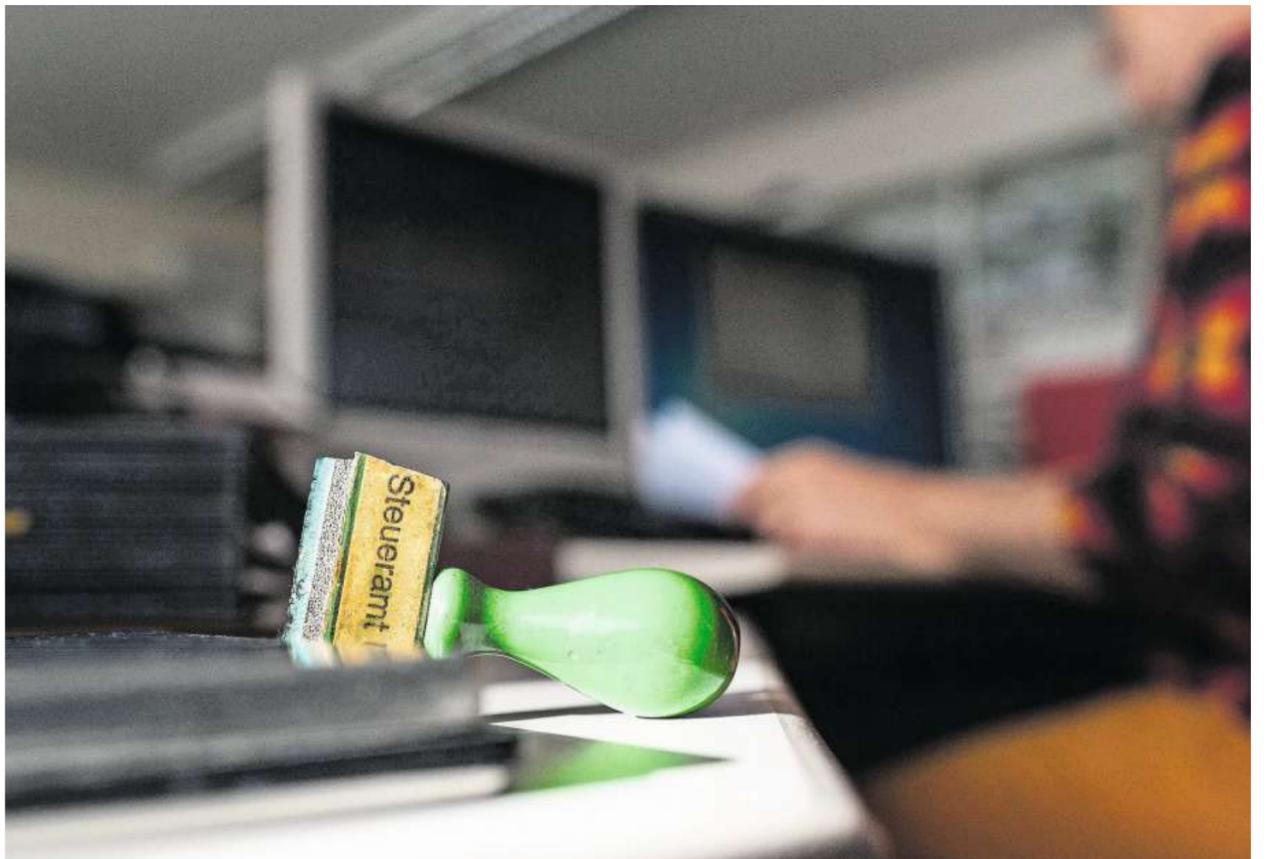
Alessia Pagani

alessia.pagani@appenzellerzeitung.ch

Am Abstimmungssonntag vom 23. September entscheidet das Ausserrhoder Stimmvolk unter anderem über die Steuergerechtigkeits-Initiative der SP. Diese will tiefere und mittlere Einkommensschichten, insbesondere Familien mit Kindern, steuerlich entlasten. Im Gegenzug verlangt die Initiative, dass die höchsten Einkommensklassen höher besteuert werden. Dadurch sollen Einnahmen generiert werden, welche die Steuerausfälle bei den tiefen Einkommensklassen kompensieren. «Appenzell Ausserrhoden ist im Steuerwettbewerb um die Personen mit hohem Einkommen sehr gut positioniert», begründet der Kantonsrat und Präsident der SP AR, Yves Noël Balmer, und spricht unter anderem das Beispiel Teufen an. Dort würden verhältnismässig viele Menschen aus der höheren Einkommensschicht leben. Bei den tieferen Einkommensschichten zeigt sich ein anderes Bild: Fakt ist, dass kein anderer Hauptort östlich von Bern Familien mit zwei Kindern aus den unteren Einkommensschichten so hoch besteuert wie Herisau. Dies lässt sich aus der bundesamtlichen Statistik herauslesen.

### Die unteren Schichten nicht ausser Acht lassen

Dies stösst der SP sauer auf. «Der Kanton soll auch für die niedrigen Einkommensschichten attraktiv sein.» Steuerwettbewerb sei zwar gut und recht. «Aber er hat auch seine Grenzen.» Das Steuersystem müsse zurück zu einem Gleichgewicht geführt werden. «Schliesslich leben in unserem Kanton nicht nur Reiche, wir haben eine durchmischte Bevölkerung.» So würden beispielsweise viele Landwirte zur unteren Einkommensschicht zählen, sagt Balmer. «Die meisten Einwohner Ausserrhodens zählen zur unteren Einkommensschicht. Unser Kanton kann sich nicht erlauben, nur auf die Reichen Rücksicht zu nehmen.» Die



SP und Regierung von Appenzell Ausserrhoden sind sich einig: Familien sollen künftig steuerlich entlastet werden. Die anvisierten Wege der beiden sind allerdings verschieden. Bild: Christian Beutler/Keystone

SP Ausserrhoden ist überzeugt, dass durch eine geringe Erhöhung der Steuern bei den höheren Einkommensschichten genügend Einnahmen erzielt werden könnten, um den Einnahmeverlust aufzufangen. Ängste der Regierung oder der anderen Parteien, dass durch die steuerliche Mehrbelastung der reicheren Ausserrhoder, diese den Kanton verlassen, lässt Balmer nicht gelten. Zwar sei eine solche Gefahr nicht von der Hand zu weisen. Auch nicht die Tatsache, dass im Kanton Appenzell Ausserrhoden 10 Prozent der Bevölkerung etwa 90 Prozent der Steuereinnahmen generieren. «Jetzt eine Prognose über mögliche Wegzüge und damit verbundene Steuerausfälle zu machen, ist aber schwierig, zumal wegen des Steuergeheimnis-

### «Unser Kanton kann es sich nicht leisten, nur auf die Reichen Rücksicht zu nehmen.»



Yves Noël Balmer  
Präsident SP AR

ses keine konkreten Zahlen bestehen», so Balmer. Dies sei auch der Grund, weshalb die Initiative als allgemeine Anregung formuliert wurde. Was wiederum Kritik hervorruft. Der SP-Präsident verweist allerdings darauf, dass mit der Annahme der Initiative eine Erhöhung der Steuern noch nicht beschlossene Sache sei. «Aber die Regierung hat dann die Pflicht, die Zahlen zu prüfen und eine klare Rechnung zu erstellen, auf der wir aufbauen können.»

Von der steuerlichen Entlastung würden nicht nur Familien mit Kindern profitieren, sondern auch Rentnerinnen und Rentner sowie Alleinstehende. Damit steht sie im Gegensatz zum indirekten Gegenvorschlag der Regierung. Dieser sieht vor, im Rahmen der Steuerrevision den

Kinderabzug zu erhöhen (siehe Zweittext). Dies Vorgehen würde allerdings zu einem Einnahmeverlust führen. Vor dem Hintergrund der in den vergangenen Jahren stetig sinkenden Kantonsfinanzen stellt Balmer abschliessend die Frage: «Können wir uns einen solchen Ausfall leisten?»

### Abstimmungen

In den Wochen bis zum 23. September wird die «Appenzeller Zeitung» wöchentlich verschiedene Beiträge über die Abstimmungsvorlagen abdrucken. In der morgigen Ausgabe erscheint ein Bericht über die Teilrevision des Spitalverbundgesetzes. (red)

## Regierung schlägt Weg über Kinderabzug vor

**Steuergesetz** Der Kantonsrat befasste sich im September und im Mai mit der SP-Initiative und lehnte sie mit 43:21 Stimmen bei drei Enthaltungen ab. Der Vorstoss zielt nicht auf das eigentliche Problem ab, heisst es im Edikt. In den tieferen und mittleren Einkommensschichten sei in erster Linie nicht die steuerliche Belastung massgeblich, sondern was vom Einkommen nach Abzug aller Lebenshaltungskosten, wie Wohnkosten oder Krankenkassenprämien, übrig bleibt – sprich das verfügbare Einkommen. Handumkehrt würden Bei-

träge von Kanton und Gemeinde wie Familienzulagen oder Prämienverbilligungen nicht berücksichtigt. «Betrachtet man das verfügbare Einkommen, steht Ausserrhoden wesentlich besser da, als die Initianten darstellen.» Weiter argumentiert der Kantonsrat, dass die Attraktivität eines Kantones für Familien nur beschränkt von der Steuerbelastung abhängig ist. Faktoren wie die Qualität der Schulen, Betreuungsangebote für Kinder, das Wohnungsangebot seien ausschlaggebend. Die Steuerbelastung werde als Argument für

einen Zuwanderungsanreiz überschätzt. Vielmehr rechnet der Kantonsrat damit, dass Personen mit überdurchschnittlichem Einkommen sensibler auf Steuererhöhungen reagieren als andere, und schätzt die Gefahr von Wegzügen als gross ein. Ein weiteres Problem sieht der Kantonsrat darin, dass durch steueroptimierende Massnahmen wie Investitionen ins Eigenheim auch Wohlhabende von einer Entlastung profitieren würden. Familien hingegen könnten mit der Erhöhung des Kinderabzuges gezielter unterstützt werden. Als Letztes

wird an der Initiative bemängelt, dass sie die Gemeinden unterschiedlich stark treffen würde und vor allem in jenen, die bereits heute eine unterdurchschnittliche Steuerkraft aufweisen, zu Mindereinnahmen und damit zu Ertragsausfällen führen würde.

Auch der Regierungsrat spricht sich gegen das Begehren der SP aus. So sagte Finanzdirektor Köbi Frei im September vor dem Parlament: «Wir müssen unser bestehendes Steuersubstrat halten, ihm Sorge tragen und versuchen, es mit Bevölkerungswachstum zu erhöhen.» So wür-

den dereinst gezielt Steuern gesenkt, «vor allem bei Familien mit Kindern und kleineren Einkommen». Der Regierungsrat hat einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet, der eine Erhöhung der Kinderabzüge vorsieht. Diese sollen im Rahmen der Steuergesetzrevision von 5000 auf 6500 Franken ansteigen, für Personen, die nicht in einer Ausbildung sind, und von 6000 auf 10 000 Franken, für jene, die in einer Ausbildung sind. Hauptgrund für dieses Vorgehen ist die Unsicherheit über Auswirkungen einer Steuererhöhung. (pag)